
Soziale Ungleichheit

Rezension von:

Joseph Stiglitz, Der Preis der Ungleichheit. Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht, Siedler, München 2012, 509 Seiten, gebunden, € 24,99.
ISBN 978-3-827-50019-9.

Michael Hartmann, Soziale Ungleichheit – Kein Thema für die Eliten? Campus Verlag, Frankfurt am Main, New York 2013, 250 Seiten, broschiert, € 19,90.
ISBN 978-3-593-39948-5.

Gibt es einen Grund, das Buch von Joseph Stiglitz auch jetzt noch öfter in die Hand zu nehmen? Immerhin ist der Neuigkeitswert zum Zeitpunkt der Rezension nicht mehr gegeben. Es gibt mehr als einen. Dafür spricht etwa die klare Struktur des Buches: Zehn Kapitel mit selbsterklärenden Überschriften ermöglichen es, sich dem Thema Ungleichheit von verschiedenen gesellschaftspolitischen Dimensionen anzunähern, diese auch problemlos aufzufinden und nachschlagen zu können. Kapitel 2 handelt von der Entstehung sozialer Ungleichheit, Kapitel 3 von den Märkten als Produzent von Ungleichheit, Kapitel 5 vom demokratiepolitischen Gefährdungspotenzial steigender Ungleichheit, Kapitel 7 davon, wie Ungleichheit den Rechtsstaat untergräbt, um nur einige zu nennen.

So eine Themenbreite fokussiert und verständlich dargestellt, findet sich nicht leicht in einem Buch. Dies macht auch den zweiten Pluspunkt des Buches aus: die hohe Verständlichkeit und Nachvollziehbarkeit der Inhalte. Es sind nicht sensationelle Neuigkeiten oder erschreckende, neue Zahlen, sondern die stringente Argumentation

und das Ansprechen von gesellschaftlichen Problemlagen, die dieses Buch so besonders machen. Unglaublich informativ ist auch der 120-seitige Annex mit einer großen Fülle an Literaturangaben, Erklärungen und Anmerkungen.

Unverzichtbar wird Stiglitz Werk, das sehr stark auf US-amerikanische Sachverhalte Bezug nimmt, wo es Ungleichheit mit demokratiepolitischen Fragen und der Frage nach der Rechtsstaatlichkeit verbindet und damit die Grundfeste unserer Gesellschaft berührt.

Es ist tatsächlich erstaunlich, wie wenig im Ungleichheitsdiskurs (in Österreich) die Vermögens- und Machtkonzentration auf der einen Seite und der politische Vertrauensschwund auf der anderen Seite aus einer demokratiepolitischen Sichtweise problematisiert wird. Obwohl die Fakten und Folgen ja klar auf der Hand liegen. Bei Stiglitz hängen schwindendes Vertrauen in die Politik und steigende Ungleichheit unmittelbar zusammen. Ärmere Menschen glauben, ihre Stimme fände kein Gehör, während der Einfluss Reicher groß genug ist, um Gesetze zu ihren Gunsten direkt und indirekt beeinflussen.

Die breite Unterstützung der Occupy-Wall-Street-Bewegung („We are 99%“), die sich gegen den Einfluss der Superreichen wendet, bestätige diese Bedenken. „Die tiefe Spaltung in unserer Gesellschaft erschwert auch die Suche nach Kompromissen und trägt zu politischem Stillstand bei, der wiederum das Vertrauen sowohl in die Leistungsfähigkeit als auch in die Fairness unserer Institutionen untergräbt“ (S. 188). Solche Aussagen, die über US-amerikanische Zustände getroffen werden, gelten wohl auch für Öster-

reich und viele andere westliche Demokratien. Politikverdrossenheit nimmt überall zu, was allerdings oft mit Korruptionsskandalen, aber weniger mit dem Auseinanderdriften der Gesellschaft und geringer Aufstiegsmobilität begründet wird.

Das sechste Kapitel in Stiglitz' Buch beschäftigt sich konkret damit, wie Bezugsrahmen diskursiv beeinflusst werden, wie Meinungen manipuliert werden und wie politische Auseinandersetzungen als Kampf um Wahrnehmungen geführt werden. Zum Beispiel wird da der Kampf um die Erbschaftssteuer in den USA, die 2010 unter George W. Bush abgeschafft wurde, genannt. Obwohl die Freigrenze pro Person im Regelfall bei 5 Mio. Dollar (Paare 10 Mio. Dollar) lag, wurde die Erbschaftssteuer von der politischen Rechten mit dem Hinweis auf eine Belastung des Mittelstands – der mittelständischen Wirtschaft – abgelehnt und schließlich vom Kongress abgeschafft. Diese Position wurde von vielen BürgerInnen übernommen, obwohl sie die Steuer nie treffen würde.

Die Rekapitalisierung der Banken ist ein weiteres Beispiel: Während EigenheimbesitzerInnen ihre Immobilien verloren, wurden mit hunderten Milliarden Dollar die Banken gerettet. Die ImmobilienbesitzerInnen seien, so Stiglitz, als unbesonnen stigmatisiert worden, als Menschen, die sich die Häuser gar nicht leisten hätten können, und ihr persönliches Risiko falsch eingeschätzt hätten, während die BankaktionärInnen nicht einmal an den Verlusten beteiligt wurden, obwohl in den Instituten eindeutig eine „Zockermentalität“ herrschte. Solche erfolgreichen Interventionen der Reichen verschärfen die soziale Ungleichheit weiter, während sich die Bevölkerung auch in den USA

eigentlich eine Verteilungssituation wie in Schweden wünscht.

Nur in einer Darstellung ist Stiglitz nicht zu folgen. Er stellt die hohe Einkommens- und Vermögenskonzentration als speziell amerikanisches Problem dar. Und er spricht immer vom obersten Prozent der Einkommens- und Vermögensverteilung, das so viel Geld und Macht konzentrierte, dass dies gesellschaftlich problematisch sei. So heißt das erste Kapitel „Amerikas Ein-Prozent-Problem.“

Dabei zeigen die Zahlen der OECD, dass die Einkommensungleichheit in praktisch allen westlichen Industrienationen stark anwuchs. Die neuen Daten zur Vermögenserhebung, die von der Europäischen Zentralbank koordiniert wurden, weisen die Vermögenskonzentration in den europäischen Staaten als extrem hoch aus. So hält das oberste Prozent in Österreich rund ein Viertel des Vermögens, wobei hier keine Milliardäre miterhoben wurden. Es gibt also auch hier stärkere soziale Spaltungen. Und obwohl die extreme Konzentration von Vermögen weltweit zu ökonomischen Verwerfungen geführt hat, wie auch in anderen Büchern dargestellt wird, so ist doch die Frage, ob nicht stärker auf die insgesamt steigende soziale Ungleichheit und die damit verbundene Veränderung der Gesellschaft als ausschließlich auf das oberste Prozent hin fokussiert werden sollte.

Allerdings gibt es wenig öffentlichkeitswirksame Schriften, die sich mit allgemeinen Verteilungsfragen auseinandersetzen. Über wirtschaftliche Ungleichheit zu sprechen, sei so gut wie tabu, meint Chrystia Freeland in ihrem Buch über die Superreichen.

Wie auch die Reichen an sich wenig untersucht werden. Tiefe Einblicke in

die Sozialstruktur der Eliten und ihre Haltungen gibt jedoch der deutsche Soziologieprofessor Michael Hartmann in seinen Arbeiten. Der Elitenforscher nimmt die zunehmende Spaltung der Gesellschaft zum Anlass, das Sozialprofil der deutschen Eliten und deren Einstellung zur Finanzkrise und zur sozialen Ungleichheit zu untersuchen.

Hartmann unterscheidet dabei nicht aufgrund der ökonomischen Situierung, sondern aufgrund von Entscheidungsmacht und nimmt eine Differenzierung in Wirtschaftselite, politischer Elite, Verwaltungselite, Justizelite und Wissenschaftselite vor. Er konstatiert, dass Personen mit Migrationshintergrund bzw. AusländerInnen, ehemalige DDR BürgerInnen und Frauen in den deutschen Eliten noch immer Minderheiten darstellen. Personen mit Migrationshintergrund und AusländerInnen sind im relevanten Ausmaß nur im Wirtschaftsbereich mit 6% vertreten. Ehemalige DDR-BürgerInnen sind hingegen vor allem in der Politik anzutreffen – mit rund 14%, ansonsten Ausnahmeerscheinungen. Frauen finden sich mit rund 11% in den Eliten, auch hier schwerpunktmäßig in der Politik – mit einem Viertel SpitzenrepräsentantInnen, sind aber auch in der Justiz und in den Medien überproportional stark vertreten.

Insgesamt ist die Repräsentanz in den Eliten stark von der jeweiligen sozialen Herkunft geprägt. Hartmann klassifiziert in Großbürgertum, Bürgertum, Mittelschicht und Arbeiter. So finden sich in Wirtschaftseliten und in der Justiz insbesondere VertreterInnen großbürgerlicher Herkunft, ArbeiterInnen schaffen es vor allem in den Gewerkschaften an die Spitze. Das Bürgertum ist vor allem in Medien, Wissenschaft und Verwaltung vertreten, wäh-

rend die Mittelschichten in der Politik, beim Militär und in der Verwaltung überproportional vertreten sind.

Interessant sind die Einstellungen der Eliten zu gesellschaftlichpolitischen Fragestellungen. Ganz klar unterscheiden sich die Eliten hinsichtlich der Bewertung sozialer Unterschiede einer Gesellschaft nach ihrer sozialen Herkunft. 57% der untersuchten Eliten, die aus dem Großbürgertum kommen, halten die sozialen Unterschiede in Deutschland für gerecht, während über 60% der Eliten, die aus der ArbeiterInnenschaft kommen, diese Aussage ablehnen. Bei den aus der Mittelschicht und dem Bürgertum stammenden Elitenangehörigen ist es nicht ganz so eindeutig. Zwar antworten sie in der Tendenz meistens so wie die ihnen näher liegenden Herkunftsgruppen Arbeiterschaft bzw. Großbürgertum, es gibt aber doch etwas mehr Ausnahmen von dieser Regel.

Bei politischen Vorhaben wie Anhebung des Spitzensteuersatzes oder Einführung eines Mindestlohns in Deutschland zeigt sich der Unterschied zwischen Bevölkerung und Eliten. Während Erstere zu zwei Drittel bzw. 70% derartige Anliegen unterstützt, ist die Mehrheit der Eliten in beiden Fällen dagegen. Die Eliten antworten dabei auch hier entlang ihrer sozialen Herkunft. Großbürgerliche lehnen steuerliche Änderungen wie die Anhebung der Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer am entschiedensten ab. Umgekehrt ist es bei der Frage nach der Verringerung von Staatsausgaben. Da sind Großbürgerkinder am stärksten dafür.

Auch Hartmann spricht in seinem Buch die Krise der parlamentarischen Demokratie als Folge steigender sozialer Ungleichheit an. Die Wahlbeteili-

gung der obersten Einkommensgruppe ist in Deutschland seit 1998 von ca. 92% auf knapp 87% gefallen, in der niedrigsten Einkommensgruppe hingegen von 87% auf 55%. Die Wahlverdrossenheit konzentriert sich dabei in jenen Stadtteilen von Großstädten, die durch eine besondere Häufung sozialer Problemlagen charakterisiert sind. Dort ist die Beteiligung teilweise sogar unter die 50%-Marke gefallen, während sie in gutbürgerlichen Wohnvierteln nach wie vor deutlich über 80% liegt.

Auch ist bei unteren Einkommensgruppen ein Rückgang hinsichtlich parteipolitischer Organisation feststellbar. Die zunehmende politische Apathie wird laut Hartmann entscheidend gefördert durch die Begründungen, mit denen die Eliten ihr Verhalten erklären: Sachzwänge und Alternativlosigkeit. Die Rechtfertigung politischer Zustände mit den unabweisbaren Zwängen der Globalisierung führe zu mehr politischem Desinteresse und stärkerer politischer Abstinenz der Bevölkerung.

Dabei hat sich auch die Zusammensetzung der politischen Eliten verändert, sie ist bürgerlicher geworden, mit einer immer stärker werdenden bürgerlichen Parteibasis. Die politische Elite, die von ihrer sozialen Zusammensetzung her traditionell den Gegenpol zur wirtschaftlichen Elite darstellt(e) und deren Einfluss auch die soziale Rekrutierung der SpitzenrepräsentantInnen in den öffentlichen Unternehmen und in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten deutlich beeinflusst hat, dürf-

te sich dadurch den anderen Elitebereichen sozial noch mehr annähern. Das wird sich auf Dauer auch in der Einstellung der Eliten in ihrer Gesamtheit bemerkbar machen. So verändert sich die Demokratie immer stärker in jene Richtung, wie sie von den Eliten verstanden wird bzw. verstanden werden will. Hartmann sieht eine Aussage von Tony Blair, Sohn eines wohlhabenden Anwalts und Absolvent einer Eliteuniversität, als charakteristisch hierfür: „Politische Führung bedeutete nun für mich nicht mehr zu wissen, was die Bevölkerung wollte, (...) sondern zu wissen, was ich in ihrem Interesse für das Beste hielt.“ Dass sich die Interessen sozialer Schichten aber deutlich unterscheiden, zeigt Hartmann auch in seinem Buch.

Beide Bücher liefern exzellente Analysen über stattfindende bzw. drohende gesellschaftliche Entwicklungen vor wie auch nach der Krise. Sie zeigen dabei eindringlich auf, welchen hohen gesellschaftlichen Sprengstoff ein Anstieg sozialer Ungleichheit in sich birgt – gerade auch hinsichtlich der demokratischen Verfasstheit unserer Gesellschaften.

Christa Schlager

Literatur

- Freeland, Chrystia, *Die Superreichen, Aufstieg und Herrschaft einer neuen Geldelite* (Frankfurt am Main 2013).
 OECD, *Divided we stand – why inequality keeps rising* (Paris 2011).